

Außenpolitik ohne Strategie und Interessen – Deutsche Nahostpolitik am Beispiel der „Operation Epic Fury“

Autorin
Dr. Marie-Theres Sommerfeld
 Wissenschaftliche Referentin, GIDS
 Fellow bei ELNET in Berlin

Executive Summary

- **Deutschland braucht eine langfristige, interessengeleitete Strategie für den Nahen Osten:** Die Bundesrepublik verfolgt bislang keinen klar definierten außenpolitischen Kurs in der Region. Statt langfristige strategische Interessen zu formulieren, reagiert sie überwiegend auf aktuelle Krisen und verliert dadurch an außenpolitischer Handlungsfähigkeit.
- **Die Bedrohung durch den Iran erfordert eine realpolitische Neubewertung deutscher Außenpolitik:** Der Iran stellt nicht nur für Israel, sondern auch für Europa eine strategische Herausforderung dar. Sein Nuklear- und Raketenprogramm bedroht nicht nur Israel und den Nahen Osten, sondern auch Deutschland und Europa ganz direkt. Das muss sich endlich auch in der deutschen Außenpolitik widerspiegeln.
- **Deutschlands außenpolitische Kommunikation muss strategische Ziele konsequent unterstützen:** Widersprüchliche oder rein reaktive Kommunikation schwächt Deutschlands Glaubwürdigkeit gegenüber Partnern und Gegnern gleichermaßen. Die deutsche Staatsräson gegenüber Israel sollte nicht ausschließlich historisch begründet, sondern auch als Ausdruck eines heutigen strategischen Eigeninteresses kommuniziert werden.
- **Die Partnerschaft mit Israel bietet Deutschland erhebliche sicherheits- und wirtschaftspolitische Chancen:** Israel ist für Deutschland ein zentraler Partner in den Bereichen Verteidigung, Nachrichtendienste, Innovation und gesellschaftliche Resilienz. Vor dem Hintergrund der regionalen Neuordnung des Nahen Ostens sollte Deutschland diese Partnerschaft gezielt vertiefen und selbstbewusster als Bestandteil seiner strategischen Außenpolitik begreifen.

Die am 28. Februar 2026 begonnenen militärischen Operationen Israels und der USA gegen den Iran haben verdeutlicht, vor welch immensen Herausforderungen die deutsche Außenpolitik steht. Einerseits sind gute Beziehungen zu den USA für die Bundesrepublik sicherheitspolitisch unabdingbar; andererseits scheint die deutsche Politik mit der Amtsführung der Trump-Administration an ihre Grenzen zu stoßen.¹ Dies wird verkompliziert durch die überwiegend negative Berichterstattung² gegenüber Präsident Trump und seiner Politik, die strukturellen politischen Hürden für kinetische Operationen³ und die begrenzten eigenen militärischen Mittel.

Dabei stellt der Iran seit langem eine ernstzunehmende

Bedrohung für Europa dar; vor allem durch die Entwicklung von Interkontinentalraketen und nuklearen Waffen. Mit Gründung der Islamischen Republik 1979 wurden die Verbreitung und der Schutz der Islamischen Revolution zur iranischen Staatsräson: Der Staat dient der Verbreitung der Islamischen Revolution, und der Revolutionsführer vertritt nicht die Interessen des iranischen Volkes, sondern die Interessen der Revolution.⁴ Besonders vor dem Hintergrund der deutschen Staatsräson gegenüber Israel war daher seit langem offensichtlich, dass die vom Iran ausgehende Bedrohung nicht dauerhaft ignoriert werden könnte. Dass der amtierende U.S.-Präsident einen Krieg gegen den Iran dem politischen Risiko einer wachsenden Bedrohung durch den Iran vorzog, zeigt ein weiteres Mal,

dass sich Deutschland in einer zunehmend realpolitisch-dominierten Welt zurechtfinden muss.

Ein Deutschland, das laut seinem Bundeskanzler nicht in der Lage ist, seine eigenen Interessen zu verteidigen, wäre entsprechend gut beraten, eng an der Seite seiner starken Verbündeten, in diesem Fall den USA und Israel, zu stehen.⁵

Deutschlands strategische Interessen

Wie der Bundeskanzler in seiner Rede zu Beginn des Krieges gegen den Iran betonte, hat Deutschland nicht die Fähigkeiten, eigene Interessen im Nahen Osten durchzusetzen.⁶ Hier schließt sich die Frage an, um welche Interessen es sich genau handelt, da aufeinanderfolgende Bundesregierungen es bislang stets versäumt haben, konkrete, langfristige deutsche Interessen im Nahen Osten zu definieren. Vielmehr wird auf Krisen immer wieder mit dem Mantra reagiert, dass Konflikte beizulegen seien und es auf keinen Fall zu wachsender Destabilisierung kommen dürfe.⁷ Angesichts der militärischen Schwäche und des mangelnden regionalen Einflusses Deutschlands erscheinen diese Äußerungen regelmäßig als wirkungslose Appelle. Im Falle der militärischen Operationen im Iran erscheinen sie sogar kontraproduktiv, da die Bundesregierung eine militärische Beteiligung zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Straße von Hormus erst nach einem Ende des Krieges erwägen will.⁸

Auch auf die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts (HVR) wird in Deutschland regelmäßig bestanden – eine langjährig gepflegte Rhetorik, mit der Bundeskanzler Merz zu Beginn der Operation Epic Fury gebrochen hat.⁹ Dieser Bruch war nicht nur ein Eingeständnis des begrenzten deutschen Einflusses, sondern auch in Anbetracht der regionalen Realitäten notwendig. Denn der Iran hat jahrzehntelang Lücken des HVR für sich genutzt, indem er für seine Kriegsführung Milizen verwendet und die Verantwortung für deren Taten von sich gewiesen hat.¹⁰

Gleichzeitig besitzt die von deutschen Politikern gern betonte „regelbasierte Werteordnung“ immer weniger Durchsetzungsvermögen.¹¹ Akteure wie der Iran, die diese Werteordnung erfolgreich ausnutzen, werden ihr Verhalten nicht aufgrund rhetorischer Ermahnungen aus Deutschland ändern. Schließlich ist offen-

sichtlich, dass die Bundesrepublik aktuell weder den Willen noch die Fähigkeiten besitzt, dem Gebaren des iranischen Regimes wirkungsvoll Einhalt zu gebieten.¹²

Teheran fürchtet keinen Westen, der sich in langwierige Verhandlungen über eigentlich redundante Verträge¹³ hineinziehen lässt¹⁴, sondern politische Gegner mit realpolitischer Handlungsbereitschaft. Denn nur diese haben das Potenzial, die konkreten Interessen des iranischen Regimes – das eigene Überleben und die missionarische Verbreitung der Islamischen Revolution¹⁵ – zu gefährden. Daher hat der Iran durch die Nutzung seiner Stellvertreter stets versucht, dieses Szenario zu vermeiden. Denn selbst wenn ein gewünschter Regimewechsel im Rahmen der Operation Epic Fury¹⁶ misslingt, führt die Dezimierung des iranischen Militär- und Machtapparats wenigstens zu einer deutlichen Reduktion der vom Iran ausgehenden Bedrohung¹⁷, welche zunehmend auch von der europäischen Politik erkannt wird.¹⁸ Auch das Anführen der iranischen Sperrung der Straße von Hormus als Beweis für eine mangelnde Strategie seitens der USA übersieht, dass es in Zukunft deutlich schlimmer hätte kommen können. Denn ein mit interkontinentalen ballistischen Raketen oder gar nuklearen Waffen ausgestatteter Iran hätte die Straße von Hormus jederzeit sperren können und wäre nicht mehr zu bekämpfen gewesen.

Deutschlands außenpolitische Kommunikation

Die Formulierung einer außenpolitischen Strategie Deutschlands obliegt dem Auswärtigen Amt. Doch statt einer langfristigen Strategie werden auf der Website vage politische Leitlinien zu aktuellen Krisen veröffentlicht. So werden Kriegsparteien regelmäßig zu Verhandlungen aufgefordert, da nur diplomatische Lösungen langfristige Stabilität ermöglichen würden.¹⁹ In Bezug auf den „Nahostkonflikt“, womit hier der langjährige Konflikt zwischen Israel und Palästinensern gemeint ist, wird auch nach dem 7. Oktober 2023 die Zweistaatenlösung unterstützt²⁰; unabhängig davon, dass dies außerhalb jeder regionalen Realität liegt.

Regierungserklärungen zu aktuellen Konflikten im Nahen Osten liefern ebenfalls keine schlüssigen strategischen Richtlinien. So wird im Zusammenhang mit Israels Kampf gegen die Hisbollah im Libanon darauf

hingewiesen, dass es keine Besatzung geben dürfe, dass die Zivilbevölkerung zu schützen sei und dass die Menschen ein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat hätten. Konkrete Äußerungen, laut denen ein temporärer Einsatz der IDF als Verteidigung gegen Angriffe der Hisbollah berechtigt sei, werden durch „beidseitige Aufrufe zur Zurückhaltung“ relativiert, auch wenn immerhin der Unterschied zwischen einem Kampf gegen die Hisbollah und einem Kampf gegen den libanesischen Staat deutlich kommuniziert wird.²¹ Dies offenbart die Schwierigkeit deutscher Politik, die Anerkennung von Israels Recht auf Selbstverteidigung mit der in Deutschland herrschenden öffentlichen Debatte in Einklang zu bringen. Vielmehr erscheint die deutsche Außenpolitik oft als Getriebene aktueller Ereignisse und der öffentlichen Meinung. Eine reaktive Außenpolitik kann jedoch die strategischen Interessen Deutschlands nicht adäquat adressieren.

Dies zeigte sich zuletzt an den schwankenden Beziehungen zwischen dem Bundeskanzler und dem US-amerikanischen Präsidenten. Ein Kreislauf aus abwertenden Äußerungen und Entschuldigungen des Kanzlers gegenüber dem US-Präsidenten ist für die Anerkennung deutscher Interessen im Ausland nicht hilfreich.²² So gefährdeten Kommentare des Kanzlers beispielsweise zeitweise die Stationierung von Tomahawk-Langstreckenraketen in Deutschland.²³ Die deutsche Politik mag mit der erratischen Kommunikation Donald Trumps hadern, doch angesichts ernstzunehmender strategischer Bedrohungen aus Russland und China und der mangelnden Verteidigungsfähigkeit bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit Europas²⁴ hat Deutschland aktuell keine andere Wahl, als möglichst kooperative Beziehungen zum transatlantischen Verbündeten zu pflegen.

Der Mangel an einer langfristigen, strategischen Ausrichtung zeigt sich auch an Deutschlands Kommunikation bezüglich Israel. Wo in Zeiten des wachsenden Antisemitismus Mut an der Seite des israelischen Verbündeten gefordert wäre, werden oftmals nur vage Statements geliefert. Auch der rhetorische Rückgriff auf die Staatsräson wird nicht im Rahmen der Strategiefindung, sondern meist zur Erinnerung an Deutschlands aus der Shoah resultierende historische Verantwortung verwendet.²⁵ Dabei ist bei dem im Jahr 2008 von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel definierten Begriff der Staatsräson die Sicherheit Is-

raels der zentrale Aspekt²⁶, und gerade dieser Faktor ist auch von besonderem strategischen Interesse für Deutschland.

Deutschlands Partnerschaft mit Israel

Ein sicheres Israel ist ein guter Partner auf vielen Ebenen, von Informationsgewinnung über Rüstungskooperation zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Durch die Unterzeichnung der Abraham Accords, Israels Überführung in CENTCOM und Operation Epic Fury, welche die Vulnerabilität der Golfstaaten gegenüber Angriffen aus dem Iran offengelegt hat, ist Israels regionale Integration erheblich vorangeschritten. Während Israel für Deutschland einen Zugang zum Nahen Osten darstellt, kann Deutschlands Einfluss in Europa für Israel politische und wirtschaftliche Vorteile bieten. Deutschlands breite industrielle Basis und Israels innovative Unternehmenskultur können ebenfalls gewinnbringende Synergie-Effekte erzielen, nicht zuletzt im Bereich der Rüstungskooperation. Auch die eindrucksvolle Resilienz, mit der die israelische Gesellschaft aktuellen Konflikten nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 begegnet, wäre ein wichtiges Lehrstück für Deutschland; besonders in Hinblick auf das Homefront Command sowie zielorientierte, informelle Führungsstrukturen im Verteidigungsfall.

Letztlich ist Israel ein Land wie kein anderes – kulturell überwiegend westlich geprägt, aber verankert im Nahen Osten. Dies macht es zu einem wichtigen Partner, der beide Seiten versteht, vermitteln und durch wachsende regionale Interdependenzen zur Stabilität im Nahen Osten beitragen kann. Hinzu kommt, dass Israel seit dem 7. Oktober 2023 wiederholt beeindruckende militärische Fähigkeiten bewiesen hat. Von kreativen Geheimdienstmissionen, wie der Pager-Attacke auf die libanesische Hisbollah, zu Innovationen auf dem Gefechtsfeld, beispielsweise im Targeting-Bereich²⁷, oder der Integration mit den U.S.-amerikanischen Streitkräften während Operation Epic Fury. Israel als enger strategischer Partner bietet viele Vorzüge, und es wäre das oberste Gebot der deutschen Außenpolitik, dies öffentlich zu kommunizieren. Eine nachhaltige Außenpolitik kann letztlich nur auf einer belastbaren Strategie und dem eindeutigen Bekenntnis zu gemeinsamen Partnerschaften aufbauen. Denn auch wenn Arbeitsbeziehungen auf der politischen Ebene intakt sind, kann eine vom Tagesgeschehen und der

öffentlichen Meinung geprägte politische Kommunikation²⁸ bestehende Beziehungen erodieren.²⁹

Fazit

Die deutsche Außenpolitik lässt seit langem eine klare Strategie im Umgang mit den Konflikten des Nahen Ostens vermissen. Mit den Terroranschlägen von 9/11 rückte die Region unmittelbar in den globalen Fokus, doch Deutschlands Außenpolitik wurde dieser gestiegenen sicherheitspolitischen Relevanz nicht gerecht. Während die Verweigerung einer Teilnahme an Operation Iraqi Freedom³⁰ immerhin eine klare politische Richtung vorgab, wurde die deutsche Politik hiernach zunehmend zur Getriebenen der Ereignisse. Ob im Umgang mit dem Arabischen Frühling³¹, der Enthaltung zur Resolution 1973³² im UN-Sicherheitsrat³³ oder dem unbelehrbaren Festhalten an einer Zweistaatenlösung³⁴ – Deutschland hat weder einen klaren außenpolitischen Kurs, noch die entsprechenden Mittel, um eigene Interessen durchzusetzen. Eine „Verpflichtung zu Frieden und Sicherheit“³⁵ ist letztlich eine Floskel, und moralische Ansprüche ersetzen keine Strategie – zumal, wenn sie nicht durchsetzbar sind. Dieser Mangel an Strategie und Aspiration zeigte sich zuletzt deutlich im Krieg der USA und Israels gegen den Iran. Denn obwohl Deutschland das Interesse teilt, dass vom Iran keine militärische Bedrohung mehr ausgehen dürfe,³⁶ hielt sich die Regierung mit jedweder Unterstützung für ihre Partner zurück.

Besonders vage verhält sich die deutsche Außenpolitik in Bezug auf mögliche Beteiligungen an militärischen Operationen. Bezüglich der Sperrung der Straße von Hormus und einer etwaigen militärischen Beteiligung zur Unterstützung der Öffnung der Meeresenge wurde in der entsprechenden Regierungserklärung zu Deeskalation und Verhandlungen aufgerufen, während konkrete militärische Optionen nicht diskutiert wurden. Grundsätzlich wird eine militärische Beteiligung, die regelmäßig eines Bundestagsmandats und einer völkerrechtlichen Grundlage bedarf, in diesem

Fall erst nach Ende der Kampfhandlungen erwogen. Dies führt den Einsatz militärischer Mittel fast ad absurdum und wird den erkennbaren wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in diesem Konflikt nicht gerecht.³⁷ Hierbei wird scheinbar außer Acht gelassen, dass bereits ein symbolischer Beitrag oder rhetorische Unterstützung für die U.S.-amerikanische Militäroperation vor Ort eine erhebliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA herbeiführen könnte.

Bei allen Schwierigkeiten, welche die erratische Kommunikation des U.S.-Präsidenten mit sich bringt, scheint Donald Trump Loyalität und Verlässlichkeit bei seinen Partnern zu schätzen. Ebenfalls scheint es, als seien persönliche Beziehungen der Schlüssel zu belastbaren Beziehungen zum aktuellen U.S.-Präsidenten. Gerade wenn Deutschland im Nahen Osten keine eigene außenpolitische Strategie verfolgt, sollte es die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten zum eigenen Vorteil nutzen. So bieten gerade die oben genannten Abraham Accords gleich vielfältige Anknüpfungspunkte.³⁸ Wenn mangels Aspiration und Einflussmöglichkeiten jedoch keine eigenen Akzente gesetzt werden können, ist das Land zumindest gut damit beraten, seine wichtigsten Partner nicht vor den Kopf zu stoßen.

Stand: August 2026

Autorin

Dr. Marie-Theres Sommerfeld ist Fellow beim European Leadership Network (ELNET) in Berlin und wissenschaftliche Referentin am German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) mit Schwerpunkt auf Sicherheitspolitik und strategischer Analyse des Nahen Ostens. Sie promovierte in Staatswissenschaften und hält Masterabschlüsse in Peace & Conflict Studies sowie in International Law & Diplomacy. Zuvor war sie Offizierin der Bundeswehr mit Einsätzen am Zentrum Operative Kommunikation und der Führungsakademie. Auslandserfahrung in Afrika, Israel, den USA und im Nahen Osten prägt ihre sicherheitspolitische Arbeit. Ihre Forschung konzentriert sich auf islamistischen Terrorismus, Militärstrategien, Völkerrecht und außenpoli-



Quellenverzeichnis

1. **Ronzheimer, Paul und Fleischhauer, Jan:** „Die Panik in der Bundesregierung“, 18.05.2026, in <https://podcasts.apple.com/lu/podcast/die-panik-in-der-bundesregierung-mit-jan-fleischhauer/id1700432142?i=1000768319962&l=de-DE>; **Verenkotte, Clemens:** „Merz verliert die Balance im Umgang mit Trump“, 05.05.2026, in <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/merz-im-umgang-mit-trump-er-verliert-die-balance,Vlkhv33>.
2. **Keupp, Marcus:** „So hat Trump den Iran-Krieg unterschätzt“, 13.03.2026 in <https://www.youtube.com/watch?v=SYTXgdrLwK>; **Kleim, Peter:** „Trump hat USA in einen neuen Krieg geschlafwandelt“, 28.02.2026 in <https://www.youtube.com/watch?v=fTntBZrkGU>; **Münchrath, Jens:** „Das iranische Regime führt Trump vor“, 20.04.2026, in <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-das-iranische-regime-fuehrt-trump-vor/100218305.html>; **Neumann Peter:** „Sicherheitsexperte Neumann sieht Trump in Sackgasse und warnt vor massiven Folgen“, 21.04.2026 in <https://www.youtube.com/watch?v=QWwt7vPu5XU>.
3. Der Parlamentsvorbehalt gemäß Parlamentsbeteiligungsgesetz.
4. **Aarabi, Kasra:** „The Fundamentals of Iran’s Islamic Revolution“, Tony Blair Institute for Global Change, GB 2019; **Ansari, Ali und Aarabi, Kasra:** „Ideology and Iran’s Revolution: How 1979 changed the World“, Tony Blair Institute for Global Change, GB 2019.
5. **Merz, Friedrich:** „Friedrich Merz (CDU, Bundeskanzler) zur aktuellen Lage im Nahen Osten, 01.03.2026 in <https://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/friedrich-merz-cdu-bundeskanzler-zur-aktuellen-lage-im-nahen-osten/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvNT-E3OTk5NW>.
6. Ebd.
7. **Auswärtiges Amt:** Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz, 20.04.2026, in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2768328>.
8. **BMVg:** „Vorbereitungen für einen möglichen Einsatz in der Straße von Hormus“, 04.05.2026, in <https://www.bmvg.de/de/presse/vorbereitungen-moeglicher-einsatz-strasse-von-hormus-6098822>.
9. **ELNET:** „Angriff auf den Iran: Was bedeutet der Krieg für Deutschland?“, 03.03.2026, in <https://elnet-deutschland.de/themen/politik/iran-krieg-bedeutung-deutschland/>.
10. Siehe Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, 2001, Art.8.
11. **ELNET:** „Angriff auf den Iran: Was bedeutet der Krieg für Deutschland?“, 03.03.2026, in <https://elnet-deutschland.de/themen/politik/iran-krieg-bedeutung-deutschland/>.
12. Dies zeigte sich beispielsweise am Aushandeln des JCPOA.
13. Der Iran ist Mitglied des Non-Proliferation-Treaties (NPT). Hätte sich der Iran an dessen Provisionen gehalten, wäre das JCPOA nicht nötig gewesen.
14. Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT), INF-CIRC/140; 22.04.1970; **Arms Control Association:** „Timeline of Nuclear Diplomacy with Iran, 1967-2023“, 2023 in <https://www.armscontrol.org/factsheets/timeline-nuclear-diplomacy-iran-1967-2023>.
15. **Aarabi, Kasra:** „The Fundamentals of Iran’s Islamic Revolution“, Tony Blair Institute for Global Change, GB 2019; **Ansari, Ali und Aarabi, Kasra:** „Ideology and Iran’s Revolution: How 1979 changed the World“, Tony Blair Institute for Global Change, GB 2019.
16. Dies könnte auch eine Spätfolge in mehreren Jahren sein.
17. **Goldberg, Richard und Dubowitz, Mark:** „The Iran Deal – What Trump got, what Iran got, and what comes next“, 27.05.2026 in <https://podcasts.apple.com/us/podcast/the-iran-deal-what-trump-got-what-iran-got-and-what/id1798788194?i=1000769711603>.
18. **ELNET:** The Israel Survey 2025, 15.01.2026, in <https://elnet-deutschland.de/publikation/studie/israel-survey-2025/>.
19. **Auswärtiges Amt:** „EU-Außenrat in Luxemburg: Ukraine, Nahost und Sudan im Fokus, 21.04.2026 in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik/rfab-2768292>.
20. **Auswärtiges Amt:** „Der Nahostkonflikt“, 16.12.2025 in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/nahermittlerersten/203626-203626>.
21. **Auswärtiges Amt:** „Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz, 08.05.2026 in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2770910>.
22. **Ronzheimer, Paul und Fleischhauer, Jan:** „Die Panik in der Bundesregierung“, 18.05.2026 in <https://podcasts.apple.com/lu/podcast/die-panik-in-der-bundesregierung-mit-jan-fleischhauer/id1700432142?i=1000768319962&l=de-DE>; **Tagesschau:** „Trump greift Merz erneut scharf an“, 30.04.2026 in: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/donald-trump-friedrich-merz-102.html>.
23. **DLF:** „Was Trumps Entscheidung für Deutschland und Europa bedeutet“, 23.05.2026 in <https://www.deutschlandfunk.de/usa-truppen-abzug-deutschland-folgen-europa-sicherheit-100.html>.
24. Hauptsächlich von den Handelspartnern USA und China.
25. **Merz, Friedrich:** „Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz“, 19.09.2025 in <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzler-friedrich-merz-2385130>.
26. **Kaim, Markus:** „Israels Sicherheit als Deutsche Staatsraison“, 30.01.2025 in <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/199894/israels-sicherheit-als-deutsche-staatsraeson/>.
27. **Trenta, Luca:** „Nowhere to hide: Israel’s Pager Attacks on Hezbollah“, 18.09.2024 in <https://www.rusi.org/explore-our-research/publications/commentary/nowhere-hide-israels-pager-attacks-hezbollah>; **Bulos, Nabih:** „Inside Israel’s AI Targeting System: How Data from a Phone becomes a Death Sentence“, 10. 05. 2026 in <https://www.jpост.com/defense-and-tech/article-895697>.
28. Siehe Friedrich Merz auf X zum Siedlungsbau (22.05.2026, in <https://x.com/bundeskanzler/status/2057828168082350429>).
29. **Die Welt:** „Beispielloses Ausmaß – Merz verurteilt Gewalt durch Siedler im Westjordanland“, 23.05.2026 in <https://www.welt.de/politik/ausland/article6a10bae67213e1f466386f61/israel-beispielloses-ausmass-merz-verurteilt-gewalt-durch-siedler-im-westjordanland.html>.
30. **Bundestag:** „Historische Debatten: Der Irak-Konflikt“, 13.02.2003 in <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/irakkonflikt-205952>.
31. **Bundestag:** „Arabischer Frühling hat viele Erwartungen nicht erfüllt“, 10.02.2012 in https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/37761020_kw06_de_mittelmeer-207674.
32. Dem Errichten einer Flugverbotszone während des libyschen Bürgerkrieges 2011.
33. **Fröhlich, Manuel und Langenhenke, Christian:** „Enthaltensamkeit bei Enthaltungen: Das deutsche Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat“, 26.08.2011 in Zeitschrift Vereinte Nationen 4/11.
34. **Auswärtiges Amt:** „Der Nahostkonflikt“, 16.12.2025 in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/nahermittlerersten/203626-203626>.
35. **Die Bundesregierung:** „Chance auf Frieden im Nahen Osten nutzen“, 20.05.2026 in <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kanzler-merz-naher-osten-2402566>.
36. Ebd.
37. **Auswärtiges Amt:** „Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz, 08.04.2026, in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2763586>; **BMVg:** „Vorbereitungen für einen möglichen Einsatz in der Straße von Hormus“, 04.05.2026, in <https://www.bmvg.de/de/presse/vorbereitungen-moeglicher-einsatz-strasse-von-hormus-6098822>; **Die Bundesregierung:** „Chance auf Frieden im Nahen Osten nutzen“, 20.05.2026 in <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kanzler-merz-naher-osten-2402566>.
38. **ELNET:** Fünf Jahre Abraham-Abkommen: Fortschritte und Perspektiven, 21.10.2026, in <https://elnet-deutschland.de/themen/politik/fuenf-jahre-abraham-abkommen-fortschritte-und-perspektiven/>.

ELNET European Leadership Network



berlin@elnetwork.eu



elnet-deutschland.de



[@ELnetD](https://twitter.com/ELnetD)



[@ELNETDeutschland](https://www.facebook.com/ELNETDeutschland)

Das **European Leadership Network (ELNET)** engagiert sich als Denkfabrik und Netzwerk im Kontext der europäisch-israelischen Beziehungen. ELNET wurde 2007 gegründet, arbeitet unabhängig und parteiübergreifend, und betreibt heute Büros in Berlin, Brüssel, Jerusalem, London, Paris, Rom und Warschau. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf Außen- und Sicherheitspolitik, Antisemitismusbekämpfung und Innovation.